

FRANKREICH

VERLAUF UND BEWERTUNG DES G20-MECHANISMUS IN FRANKREICH

Im Rahmen der internationalen Finanzkrise hat sich die französische Regierung sehr früh – ab Ende September 2008 – für die Rettung angeschlagener nationaler Konzerne eingesetzt. In seiner Funktion als EU-Ratspräsident bekräftigte Staatspräsident Nicolas Sarkozy darüber hinaus sein Anliegen, international abgestimmte Lösungsstrategien herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang hielt er noch 2008 zwei Grundsatzreden: Dabei plädierte Sarkozy für eine verbesserte, weltweite Überwachung des Finanz- und Wirtschaftssystems und betonte die Notwendigkeit, „den Finanzkapitalismus zu moralisieren und einen regulierten Kapitalismus aufzubauen“. In der Folge schlug er vor, Ende 2008 die am stärksten von der Krise betroffenen Länder zu versammeln, um Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen und Maßnahmen zur Reorganisation der Weltwirtschaft zu finden. In diesem Sinne versteht sich der französische Staatspräsident als Initiator der neuen, konsolidierten G20, die zu einer Neubegründung der internationalen Finanzordnung führen soll, und hält den G20-Mechanismus für die beste Lösung zur Überwindung der weltweiten Finanzkrise. Seiner Einschätzung nach ist die Welt nicht mit einer Krise des Kapitalismus an sich konfrontiert, sondern mit der „Krise eines Systems, das sich von den grundlegenden Werten des Kapitalismus entfernt hat, das den Grundgedanken des Kapitalismus missbraucht hat“ und nun beaufsichtigt und reguliert werden müsse. Zu den grundlegenden Vorteilen des Kapitalismus zählt Sarkozy unter anderem langfristiges Wachstum, Schaffung von produk-

tivem Kapital, eigenverantwortliches Wirtschaften „den Vorrang des Unternehmers vor dem Spekulanten und die Belohnung von Arbeit, Mühe und Initiative“ (Rede in Toulon, 25.09.08).

FÜR EUROPA: ENGE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT

Im letzten Quartal des Jahres 2008 demonstrierte Paris während der EU-Ratspräsidentschaft sein Engagement, europaweit einheitliche Antworten auf die Krise zu erarbeiten und gemeinsame Vorschläge zur Neugründung einer internationalen Wirtschaftsordnung vorzubereiten. So war es Frankreichs Absicht, beim europäischen G4-Gipfel am 4. Oktober 2008 in Paris, die Positionen Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs im Vorfeld des G7-Treffens der Finanzminister am 10. Oktober in Washington zu koordinieren. Nach der französischen EU-Ratspräsidentschaft wurde dem deutsch-französischen Tandem wieder mehr Gewicht beigemessen. Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel setzten sich gemeinsam dafür ein, konkrete Empfehlungen anlässlich des zweiten G20-Gipfeltreffens am 2. April 2009 in London vorzubereiten. Dazu trafen sich die europäischen G20-Mitglieder im Februar 2009 in Berlin und legten ihr weiteres Vorgehen fest, das dann von Sarkozy und Merkel sowohl im Vorfeld als auch während des G20-Gipfels in London als europäische Position vertreten wurde. Wie es hier gesehen wird, bemüht sich Paris zusammen mit Berlin, das Sprachrohr Europas für Lösungsstrategien in der Finanzkrise zu bilden. Und in der Tat gelang es durch das Zusammenspiel beider Länder auch, mehrere europäische Vorstellungen in die Gip-

felsergebnisse einzubringen. Dazu zählen Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen für den Finanzmarkt (u.a. bei Hedgefonds und Steueroasen), die Erhöhung der Mittelausstattung des IWF sowie die Einführung einer internationalen Charta für nachhaltiges Wirtschaften.

POSITION DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG

Der französische Staatspräsident bemüht sich weiterhin, als engagierter Wegbereiter internationaler Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte wahrgenommen zu werden. Seine Absicht ist dabei, die von Frankreich ergriffenen innenpolitischen Finanzreformen auch auf der internationalen Ebene durchzusetzen (*Le Monde*, 26.08.2009). Dazu gehören insbesondere die Bekämpfung der Steuerflucht sowie die Begrenzung von Boni für Bankmanager. Diese Positionierung wurde von der nationalen und internationalen Presse (so z.B. im *Handelsblatt*, 27.08.2009) als Vorreiterrolle gewürdigt.

Für erfolgreiche Verhandlungen der G20 in Pittsburgh betont Sarkozy weiterhin die Notwendigkeit einer „deutsch-französischen Achse“ für die EU (*Le Figaro*, 01.09.2009). Nach hiesiger Interpretation konnte er Bundeskanzlerin Merkel bei einem gemeinsamen Treffen in Berlin am 31. August 2009 für seine Vorstellungen gewinnen: Gemeinsam forderten sie, wie auch schon anlässlich des Gipfeltreffens in London im April 2009, die Austrocknung von Steueroasen sowie die Durchsetzung globaler Finanzmarkt-Regulierungen. Die Risikobereitschaft einer Bank soll sich künftig nach der Eigenkapitaldecke richten, damit der Staat im Falle gescheiterter Finanzgeschäfte nicht einspringen muss. Neu hinzugekommen waren internationale Höchstgrenzen für Bonuszahlungen bei Banken sowie eine Malus-Regelung, die negative Geschäftsentwicklungen von Banken mit Gehaltseinbußen quittieren soll.

So bekräftigte denn auch die französische Finanzministerin Christine Lagarde während des Finanzministertreffens am 4. und 5. September 2009, dass die Europäer entschlossen seien, die bisherigen Bonus-Regeln zu ändern. Damit reagierte sie auf die kritische Haltung der USA ge-

genüber diesem Vorschlag. Insgesamt erwarte Lagarde jedoch spannungsgeladene und komplizierte Verhandlungen in Pittsburgh, deren Ausgang ungewiss seien (Interview in der Wirtschaftszeitung *La Tribune* vom 07.09.2009).

VERHALTENES STIMMUNGSBILD IN DEN MEDIEN UND UNTER EXPERTEN

Presse wie auch Expertenstimmen sind demgemäß nicht gerade optimistisch bezüglich der zu erwartenden Ergebnisse des G20-Gipfels in Pittsburgh. Insgesamt wird die französische Initiative zur Regelungen von Bonuszahlungen im In- sowie im Ausland zwar begrüßt (*Le Monde*, 29.08.2009), der internationale Einfluss der deutsch-französischen Allianz wird jedoch eher kritisch hinterfragt. Die großen überregionalen Tageszeitungen wie auch Experten bezweifeln, dass die europäischen Forderungen zur Begrenzung von Bonuszahlungen in Pittsburgh durchgesetzt werden können. Die Tageszeitung *Le Monde* (29.08.2009) befürchtet, dass die amerikanischen Banken schnell wieder zu den vorherigen Methoden zurückkehren werden und legislative Einschränkungen von Sonderzahlungen an der Kraft des Wall-Street-Lobbyismus scheitern werden.

Laut der Wirtschaftszeitung *Les Echos* (04.09.2009) genügt die erzielte Einigung innerhalb der EU zur Bonus-Begrenzung keinesfalls, um die Finanzwirtschaft dauerhaft zu konsolidieren. Es wird bezweifelt, dass die USA sich an die Regelungen halten werden. Zudem warnt das Blatt vor französischen Alleingängen in der Bonus-Frage, die der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs schaden könnten (25.08.2009).

Der bekannte Wirtschaftsexperte des KAS-Partners IFRI (*Institut français des relations internationales*), Jacques Mistral, argumentiert ähnlich und bezweifelt insgesamt, dass das deutsch-französische Tandem Einfluss auf die Regulierung der Finanzmärkte ausüben kann (*La Croix*, 02.09.2009). Beim bevorstehenden G20-Treffen in Pittsburgh dürfte es seiner Meinung nach für die US-Regierung schwer werden, die Unterstützung des Kongresses für die Höchstgrenze von Bonuszahlungen zu bekommen. In Europa werde der Einfluss von Kongress und Interessengruppen

auf die amerikanische Politik zu oft unterschätzt. Zudem könne die Begrenzung der Boni nicht wesentlich zur Vermeidung einer neuen Krise beitragen. Entscheidend sei vielmehr, dass die USA nicht wieder in eine Schuldenspirale einträten, was nicht von europäischen Positionen beeinflusst werden könne.

FAZIT IM VORFELD: EIN LANGER WEG

Staatspräsident Sarkozy treibt innenpolitisch eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte voran. Wie es in Paris gesehen wird, schloss sich Bundeskanzlerin Merkel dem Wunsch Sarkozys an, solche Regelungen auf internationaler Ebene zu vertreten. Beide stimmen sich eng ab und gelten, wie hier gerne zitiert, als „deutsch-französische Achse“ innerhalb der EU. Dies wird als neue Qualität einer sehr guten Zusammenarbeit mit Deutschland bewertet. Nachdem sich auch die Briten dieser „Achse“ angeschlossen haben, sprach die französische Finanzministerin Christine Lagarde von einer „geschlossenen europäischen Front“ auf dem bevorstehenden G20-Gipfel in Pittsburgh. Insgesamt bezweifeln Medien und Experten jedoch, dass die europäische Position in den Verhandlungen ausreichend Gewicht zur Durchsetzung hat und stellen die Frage, ob die europäischen Vorschläge einen entscheidenden Beitrag zur grundlegenden Veränderung des globalen Finanzsystems leisten können.

Dazu merken Fachleuten an, dass bislang von keiner Seite ein schlüssiger Plan für Kontroll-, Regulierungs- und Schutzmechanismen vorliege, der am Kern der komplexen Probleme bzw. einer fundamentalen Umgestaltung des internationalen Finanzsystems ansetze. Dabei sei noch nicht einmal klar, wie stark in die Märkte eingegriffen werden könne bzw. solle und wie die Schaffung und Befugnisse eines geeigneten internationalen „Gesamtregulierers“ konkret zu gestalten seien. Bei den zentralen Maßnahmen zur Überwachung und Transparenz des Derivatbereichs sowie Auflagen zur Liquiditätsversorgung der Banken sei voraussichtlich auch auf dem Gipfel in Pittsburgh keine Übereinstimmung zu erzielen. Eine gemeinsame G20-Koordination werde noch lange auf sich warten lassen, da unterschiedliche und

divergierende ökonomische Interessenlagen zwischen Ländern wie den USA, China, Indien, Brasilien und Europas bestünden.

*Jörg Wolff
Céline Caro
Joana Bieker
KAS-Auslandsbüro Paris*